

## Pressemitteilung

München, den 19. November 2019

### **Gribl: Kommunen brauchen eine verlässliche Finanzierung der Kinderbetreuung**

- Fortführung des Sonderinvestitionsprogramms muss vom Freistaat sichergestellt werden.
- Kommunen und Eltern erwarten Kontinuität beim Ausbau von Kitaplätzen.

Der Bayerische Ministerrat hat am 3. September 2019 für das 4. Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren eine Erweiterung um 8.000 auf 50.000 Betreuungsplätze beschlossen. Wie sich nun zeigt, war diese Erweiterung von vornherein deutlich zu knapp bemessen. Offenbar lagen den Bezirksregierungen schon Anfang September 2019 Anträge für rund 23.000 zusätzliche Plätze vor. Dass dann die Staatsregierung Mittel für nur 8.000 neue Plätze bereitgestellt hat, ist unzureichend. Jetzt schlagen viele Städte und Gemeinden Alarm, da die den Bezirksregierungen zugewiesenen Platzkontingente deutlich überzeichnet sind und deshalb kein Förderzuschlag von 35 Prozentpunkten beim Bau von Betreuungseinrichtungen mehr bewilligt werden kann.

Aufgrund des nach wie vor ungebremsten Ausbaubedarfs von Kinderbetreuungsplätzen ist das von der Bayerischen Staatsregierung festgelegte Platzkontingent von 50.000 Plätzen deutlich zu niedrig bemessen. Die Anträge von Städten und Gemeinden überschreiten das Kontingent wohl um weitere 15.000 neue Plätze, die nicht mehr mit der Sonderförderung bedient werden können und zu einem massiven Förderausfall bei den Gemeinden führen. Wenn damit die Finanzierung der Bauprojekte mit hohem Investitionsbedarf nicht gesichert ist, gerät der Ausbau von Kindertagesstätten ins Stocken, obwohl die Kommunen von einer ausreichenden Förderung ausgehen durften.

Ein aktuelles Beispiel ist ein Projekt der Kreisstadt Tirschenreuth: Für ein neues viergruppiertes Kinderhaus mit einem Investitionsvolumen von rund 3,8 Millionen Euro fehlen der Stadt jetzt rund 820.000 Euro einkalkulierte Fördermittel. Diese Situation trifft nun auf Bauprojekte zur Schaffung von rund 15.000 weiteren notwendigen Kinderbetreuungsplätzen zu, das ist für die betroffenen Kommunen nicht stemmbar.

Dazu erklärt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl: **„Eltern und Kommunen erwarten, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert. Der Bayerische Städtetag bittet die Staatsregierung, das vor kurzem erhöhte – aber bereits wieder ausgeschöpfte – Sonderförderprogramm erneut mit zusätzlichen Landesmitteln auszustatten und eine Anschlussförderung vorzusehen. Ansonsten werden die Erfordernisse der Lebenswirklichkeit nicht gedeckt und die Erwartungen von Eltern enttäuscht.“**

Mit Blick auf den unverändert hohen Investitionsbedarf setzt der Bayerische Städtetag darauf, dass die Staatsregierung das Sonderinvestitionsprogramm für Kinderbetreuung fortführt. So hat der Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern versprochen, das Angebot der Kinderbetreuung weiter auszubauen und neue Betreuungsplätze zu schaffen. Gribl: **„Dieses Versprechen weckt Erwartungen bei Eltern, die für ihre Kinder verlässliche Betreuung benötigen. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit, damit sie weiterhin zusätzliche Plätze für eine verlässliche Kinderbetreuung schaffen können. Städte und Gemeinden benötigen eine verlässliche Finanzierungsbeteiligung des Freistaats auf dem bisher bewährten Förderniveau.“**